



Offener Brief an alle Landtagsabgeordneten des Landes Hessen



Jörg Bruchmüller

Sehr geehrte Frau Abgeordnete des Hessischen Landtages,

sehr geehrter Herr Abgeordneter des Hessischen Landtages,

als Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Hessen – wende ich mich mit diesem offenen Brief an Sie persönlich und bitte gleichzeitig um Ihre Mithilfe.

Sicherlich ist Ihnen nicht verborgen geblieben, dass die Polizeibeschäftigten des Landes Hessen zur Sanierung des öffentlichen Haushaltes maßgebliche Einkommensverluste zu tragen hatten und darüber hinaus im Zuge der „*Operation sichere Zukunft*“ 968 Stellen eingespart wurden bzw. bis zum Jahr 2008 noch eingespart werden. Dies führt zwangsläufig zu einer Arbeitsverdichtung und zu der Ihnen bekannten Überstundenproblematik unserer hessischen Polizei.

Es sei weiterhin in Erinnerung gerufen, dass durch die Erhöhung der Wochenarbeitszeit, den Wegfall von Urlaubsgeld, die Abschmelzung der Sonderzuwendung und die steigende Inflationsrate seit der letzten Gehaltserhöhung ca. 17 Prozent Einkommensverluste von den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten getragen wurden.

Statt einer leistungsgerechten Anhebung in der Besoldung wurde den Beamtinnen und Beamten ein beschämendes Almosen in Form einer Einmalzahlung von 250 Euro gereicht.

In den zurückliegenden Monaten wurde von der Hessischen Landesregierung aber auch von Abgeordneten aller Fraktionen die Bedeutung und der Stellenwert der Polizei für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes betont. Die exzellente Betreuung und das Auftreten der Polizei während der Fußball-WM wurden einem besonderen Lob unterzogen.

Diese Wertschätzung der polizeilichen Arbeit erscheint durch das Almosen und die vielen Sonntagsreden von Politikern in einem fragwürdigen Licht.

Schon jetzt ist absehbar, dass auch im kommenden Jahr unsere Kolleginnen und Kollegen neben dem immer schwierigeren Tagesgeschäft durch eine Anzahl von Großlagen über alle Maßen gefordert sein werden. Nach unserer bisherigen Einschätzung wird sich der millionenschwere Überstundenberg weiter anhäufen.

Noch immer warten die Polizeibeschäftigten in Hessen auf neue Tarifabschlüsse.

Statt der hessischen Polizei den Rücken zu stärken, verabschiedete sich die Landesregierung aus der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und verweigerte die Übernahme des neuen TV-L. Damit befindet sich Hessen auf einem einsamen Sonderweg.

Zwischenzeitlich haben alle anderen Bundesländer, neben der Tarifeinigung, die Tarifiergebnisse auch auf die Beamten übertragen. Als „Nehmerland“ hat beispielsweise Niedersachsen seinen Beamtinnen und Beamten eine Ein-

malzahlung von 860 Euro und ab 2008 eine lineare Gehaltssteigerung von drei Prozent in Aussicht gestellt.

Die jüngsten Wirtschaftsdaten belegen, dass die Konjunktur durch Steuereinnahmen und auch durch Einsparpotenziale im öffentlichen Dienst deutlich in Gang gekommen ist. Zur Ankurbelung der Binnennachfrage werden von maßgeblichen Wirtschaftswissenschaftlern „angemessene Lohn- und Gehaltszuwächse“ gefordert. Diese liegen deutlich jenseits der von der CDU geführten Landesregierung verordneten Einmalzahlung.

Im Namen der Gewerkschaft der Polizei appelliere ich an Sie als Mitglied des Hessischen Landtages, ihren Einfluss geltend zu machen, damit auch für die hessischen Polizeibeschäftigten ein angemessener Tarifabschluss zustandekommt.

Unsere Kolleginnen und Kollegen dürfen bundesweit von der Einkommensentwicklung nicht abgekoppelt werden.

Verbunden mit dem Dank für Ihr Engagement, sich für unsere Kolleginnen und Kollegen und nicht zuletzt für die Sicherheit unser Bürgerinnen und Bürger einzusetzen....

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Bruchmüller
GdP-Landesvorsitzender

Der neue TVöD/TV-L und die Auswirkungen auf die Beschäftigten

Das neue Tarifwerk wurde mittlerweile in allen Bundesländern, außer in Hessen, für den öffentlichen Dienst in Kraft gesetzt. Bis zur Inkraftsetzung wurde eine Vielzahl von Kompromissen getroffen, die selbstverständlich Auswirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse haben.

In drei dezentralen Informationsveranstaltungen am:

**17. Januar 2006,
HPS in Wiesbaden**

**18. Januar 2007,
Gießen,
Polizeipräsidium, und**

**24. Januar 2007,
Kassel,
Polizeipräsidium**

wollen wir interessierten GdP-Mitgliedern das neue Tarifwerk vorstellen und einen Vergleich zwischen dem für Hessen noch gültigen BAT und dem TvöD/TV-L ziehen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, anhand von Fragen aktuelle Problemstellungen zu erklären.

Nähere Informationen zu den Veranstaltungen können auch auf der Homepage der GdP Hes-

sen unter www.gdp.de/hessen entnommen werden. Um Anmeldung bei

Gewerkschaft der Polizei
Ruth Brunner
Wilhelmstraße 60 a
65183 Wiesbaden
Telefax: (06 11) 9 92 27-27
E-Mail: gdp-hessen@t-online.de

wird gebeten.

GdP-Landesvorstand

Anmeldung

Name

Vorname

PLZ

Wohnort

Kreisgruppe

E-Mail

Telefon

Seminar am: _____

in: _____



Deutsche
Polizei

Ausgabe:

Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:

Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:

Ewald Gerk (Vi.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

VERWECHSLUNG

Artikel zum Jubiläum: „25 Jahre Frauen in der Schutzpolizei“



Birgit Klee-Sachse

In der November-Ausgabe der GdP-Mitgliederzeitung „Deutsche Polizei“ hatten wir ausführlich über die GdP-Jubiläumsveranstaltung auf der Hessischen Polizeischule in Wiesbaden berichtet. Daneben war auch der Artikel „Behütet und abgeschirmt von männlichen Kollegen“ veröffentlicht wor-

den. In allen Artikeln hat sich leider ein Fehler eingeschlichen. Bei der abgebildeten und zitierten Kollegin handelt es sich nicht um Elke Liebermann-Weber, sondern um unsere Kollegin und GdP-Mitglied **Birgit Klee-Sachse aus Westhessen.**

Die Redaktion



GLEICHBERECHTIGUNG

Alles eine Frage der Zeit?

Frau Prof. Dr. Waltraud Müller-Franke hatte die Situation von Männern und Frauen in der Polizei untersucht

Frauen und Männer in der Polizei, keine Frage, das wird in Hessen seit 25 Jahren praktiziert, ist also selbstverständlich. Spielt das Geschlecht bei der polizeilichen Arbeit (noch) eine Rolle?

Das war eine Frage, der die Sozialwissenschaftlerin Prof. Dr. Waltraud Müller-Franke (Hochschule der Polizei in Villingen-Schwenningen) gemeinsam mit drei Wissenschaftlerinnen nachgegangen ist. Bei der Jubiläumsveranstaltung der GdP auf der Hess. Polizeischule in Wiesbaden berichtete sie über die Ergebnisse dieser Untersuchung. Der gesamte, mittels Powerpoint dargestellte Sachverhalt kann hier aus Platzgründen nicht wiedergegeben werden. Nachlesen kann man dazu etwas im Internet, Deutsche Polizei, Landesjournal Baden-Württemberg, 10/2006, Seiten 3 und 4 und in der TEXTE-Reihe der Fachhochschule Villingen-Schwenningen, Hochschule für Polizei, Villingen-Schwenningen 2004.

Wissenschaftliche Untersuchung

In mehreren Arbeitsschritten tasteten sich die Wissenschaftlerinnen an das Thema heran. Sie beschrieben die polizeiliche Arbeit, erhoben empirisch fundierte Daten, dokumentierten alles, sammelten Hinweise auf möglicherweise vorhandene „verzerrte“ Bilder, regten weitere Debatten an und zogen ein Resümee bisheriger Erfahrungen auf diesem Gebiet.

Die Daten wurden erhoben in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg aufgrund von Einzelinterviews mit sehr vielen Bediensteten/Expertinnen von Polizeibehörden. Dazu gehörten Beamtinnen aus unterschiedlichen Laufbahngruppen, Führungskräfte, Verantwortliche aus dem Personalbereich, Vertreterinnen des Personals,

Frauenbeauftragte, Ausbildungspersonal, Verwaltungskräfte, Beschäftigte im Psychologischen Dienst und in der Seelsorge.

Vorurteile ausräumen

Festgestellt wurde unter anderem, dass Frauen formal gleichgestellt und integriert sind, dass sie in Führungspositionen unterrepräsentiert sind, dass es unterschiedliche Sichtweisen



Referentin
Frau Prof. Dr. Waltraud Müller-Franke, Fachfrau zur Frage der Integration von Frauen in der Polizei.

zur Arbeit von Männern und Frauen in der Polizei gibt, dass noch immer über ihre Fähigkeiten und ihre Verwendbarkeit diskutiert wird und dass das Geschlecht immer wieder zum Dreh- und Angelpunkt von Gesprächen wird, obwohl es im normalen Berufsalltag keine Rolle spielt.

Prof. Dr. Müller-Franke arbeitete in Wiesbaden drei Schwerpunkte heraus. Danach spielt das Geschlecht eine Rolle bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Ausfallzeiten), bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz (sexuelle Belästigung als

Waffe, die Frau als Opfer und als Täter) und bei der Frage nach Eignung und Verwendbarkeit von Frauen.

Eignung und Verwendbarkeit

Fakt bei der Eignung und Verwendbarkeit (Ausfallzeiten) ist: 97,8 Prozent der Polizeibeamten/-innen im Erziehungsurlaub sind Frauen, obwohl auch Männer den Erziehungsurlaub neh-

sicherheiten und Mythen. Die Frage ist immer, „wem wird geglaubt“? (Hat sie nicht selbst dazu beigetragen?). Sie wird als Störung des Betriebsfriedens gesehen und es besteht die Gefahr der Funktionalisierung (Ich bin nur schlecht beurteilt worden, weil ich ihn nicht rangelassen habe). Wenn Frauen sich beschweren, laufen sie Gefahr, als Außenseiterin behandelt zu werden (Mobbing), sie haben Angst vor den Folgen in der Männerpolizei. Insgesamt hat sich aber der Umgangston verbessert. Sexuelle Belästigung wird nicht mehr einfach als Kavaliersdelikt abgetan. Gesetzliche Möglichkeiten des Vorgehens sind vorhanden, werden aber von Frauen kaum genutzt. Präventionsarbeit ist wichtig, die negativen Folgen sollten allen Beteiligten deutlich gemacht werden. Vorgesetzte müssen deutlich machen, dass sie sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz nicht tolerieren.

Streifendienst

Die Eignung und Verwendbarkeit von Frauen im Streifendienst wird bei reinen Frauenstreifen als problematisch eingeschätzt, selbst Frauen sehen das so, obwohl sie in Großstädten schon zur Routine gehören. Männerstreifen sind normal. Gemischte Streifen gelten als Optimum, Spiegelbild der Gesellschaft. Männer und Frauen ergänzen sich bei der polizeilichen Arbeit im Umgang mit Bürgern/-innen (Familienstreit, Durchsuchung). Frauen müssen aufpassen, dass sie nicht nur unter dem Blickwinkel der „Ergänzung“ gesehen werden. Fakt ist, dass die Weiblichkeit in die Polizei eingezogen ist. Die angebliche männliche körperliche Überlegenheit bei Widerständen (Männer provozieren durch ihr Auftreten unter Umständen einen Widerstand) spielt noch

men könnten. Nur 10,9 Prozent aller vorhandenen Polizistinnen sind im Erziehungsurlaub. Bezogen auf alle Beschäftigten beträgt der Anteil nur 1,1 Prozent. Damit ist das Vorurteil der „Ausfallzeiten“ eigentlich widerlegt, auch wenn es immer noch benutzt wird, um die Geschlechterdifferenz zu unterstreichen.

Sexuelle Belästigung

Um den zweiten Schwerpunkt, die sexuelle Belästigung, ranken sich scheinbar viele Un-



Gut besucht war die Jubiläumsveranstaltung der GdP zum Thema „25 Jahre Frauen in der Schutzpolizei“.

Fotos: NW

immer eine Rolle, übersehend, dass Frauen mit psychologischem Einfühlungsvermögen vielleicht mehr erreichen können. Festzuhalten ist, dass gemischte Streifen durchaus praktisch sind. Leider wird die geschlechtstypische Wahrnehmung der Männer über die individuelle Wahrnehmung gesetzt. Liebgewonnene Vorurteile wer-

den beibehalten, auch wenn sich in der Praxis gezeigt hat, dass sie nicht stimmen.

Männerschubladen aufräumen

Das Fazit, das Prof. Dr. Waltraud Müller-Franke in Wiesbaden zog, lautete: Die Geschlechts-

zugehörigkeit der Bediensteten ist in der Polizeiorganisation durchaus relevant aber nicht immer gleich. Ob sich Polizisten/-innen auf das Geschlecht beziehen, ist insbesondere von Situationen und/oder Rahmenbedingungen abhängig. Es gibt ein Nebeneinander von Integration und Differenz. Die Stellung der

Frau in der Polizei ist keine Frage der Zeit, aber es müsste eine Beschleunigung geben. Den Herren der Schöpfung schrieb sie ins Stammbuch, die eigenen Schubladen aufzuräumen, ihr Weltbild zu ändern.

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Einfach wird es für uns Männer aber nicht werden.

Norbert Weinbach

KREISGRUPPE DARMSTADT

Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Darmstadt



Die bei der Ehrung Anwesenden v. l.: Heinrich Rau, Berthold Schmidt, Gottlieb Baumann. Stehend von li. nach re. Norbert Weygandt, Erhard Kulb, Klaus Hofmann, Dieter Radestock, Herbert Rothermel, Dieter Geier, Rüdiger Funck, Lothar Bloeser, Uwe von Stein, Bernhard Langenbeck und Vorsitzender Reinhard Wittke.



Gottlieb Baumann (links) wurde für 70-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit vom KG-Vorsitzenden Reinhard Wittke (zweiter von links) geehrt. Weitere Mitglieder sind Heinrich Rau (sitzend), der für 60-jährige Mitgliedschaft geehrt wurde und Roman Morschett (rechts).

Im September letzten Jahres fand in den Räumen der Kantine des PP Südhessen die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Darmstadt statt.

Der Vorsitzende, Reinhard Wittke, begrüßte die Anwesenden. Es wurde der Verstorbenen des zurückliegenden Jahres gedacht. Nach dem Bericht des Vorsitzenden wurde der Kassenbericht verlesen und der Vorstand

von den Mitgliedern entlastet. Die bisherige Kassierer, Anne Wohlgenuth, stellte ihr Amt aus persönlichen Gründen zur Verfügung. Zum neuen Kassierer wurde einstimmig der Kollege **Andreas Fritsch, ZK 41**, gewählt. Neuer Kassenprüfer wurde **Dieter Geier**. Als **neuer stellvertretender Vorsitzender** wurde Frank Spitzl, DVS-Fü.-Gruppe, einstimmig gewählt.

Im Anschluss wurden verdiente Mitglieder der Kreisgruppe für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt.

25 Jahre: Stefan Styra, Rolf Schroeder, Wolfgang Jehn, Lothar Bloeser, Uwe von Stein, Rolf Gengnagel und Hans Rüdiger Funck.

40 Jahre: Klaus Werner Hofmann, Dieter Geier, Herbert Rothermel, Erhard Kulb, Bern-

hard Langenbeck, Gert Knorr, Horst Schneider, Wilfried Koebler, Dieter Radestock und Ewald Eifert.

50 Jahre: Horst Klein, Gisbert Kraft und Norbert Weygandt.

60 Jahre: Willi Knieriem, Berthold Schmidt und Heinrich Rau.

70 Jahre: Gottlieb Baumann.

Roman Morschett

EHRUNGEN

Bundesverdienstkreuz für Gerhard Rüppel

Am 30. Oktober wurde Gerhard Rüppel in seiner jahrzehntelangen Wirkungsstätte, dem Hessischen Landeskriminalamt in Wiesbaden, für seine Lebensleistung von Innenstaatssekretärin Oda Scheibelhuber mit dem von Bundespräsident Horst Köhler verliehenen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

In seiner 41-jährigen polizeilichen Karriere, die nach einer in Kassel absolvierten Ausbildung zum Kfz-Mechaniker im Jahr 1965 in Wiesbaden begann, hat Gerhard Rüppel durch hohes fachliches Können, eines ihres gleichen suchenden außergewöhnlichen, ehrenamtlichen Engagements und seiner souveränen Persönlichkeit herausragende Leistungen erbracht und hohes Ansehen erworben, das auch nach seiner Pensionierung unvermindert vorhanden ist.

Als Streifenbeamter bei der Autobahnpolizei in Wiesbaden-Erbenheim, als Kriminalbeamter beim Hessischen Landeskriminalamt in den Aufgabenbereichen „elektronische Datenverarbeitung, Tötungs- und Sexualdelikte, gemeingefährliche Straftaten, Raub, vermisste Personen und unbekannte Tote“, hat er so manches durch- und erlebt.

Von 1982 bis 2001 als Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe HLKA, einige Jahre auch als Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe Wiesbaden und, nach der Neuorganisation der hessischen Polizei, als erster Vorsitzender der Bezirksgruppe Polizeizentralbehörden Hessen (PZBH), als Beisitzer für Angelegenheiten der Kriminalpolizei im Landesvorstand der GdP und in der Fachkommission Kripo auf GdP-Bundesebene, als Redakteur des Polizei-Reports der PZBH sowie nicht zuletzt als Vorsitzender des GdP-Landeskontrollausschusses und Mitglied des GdP-Bundeskontrollausschusses zeugen nicht

nur von außergewöhnlichem gewerkschaftspolitischen Interesse, sondern sind gleichfalls Beleg für die hohe fachliche Kompe-



GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller (links) hob in seiner Laudatio insbesondere die gewerkschaftlichen Verdienste von Gerhard Rüppel (rechts) hervor.

tenz. 1982 begann auch seine Arbeit im Personalrat des Hessischen Landeskriminalamtes, dessen Vorsitzender er von 1990 an war. Es sind aber nicht nur diese 16 Jahre verantwortungsvolle Tätigkeit, auf die Gerhard Rüppel als Personalratsvorsitzender zum Wohle der Behörde und derer Mitarbeiter zurückblicken kann. Er hat die Zusammenarbeit zwischen Behördenleitung und Personalrat wie kein anderer geprägt.

Seit 1988 ebenfalls als Mitglied des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei, zu dessen stellvertretendem Vorsitzenden er im Jahr 1996 gewählt wurde, war Gerhard Rüppel als Vertreter in verschiedenen Prüfungskommissionen vertreten.

Seit 37 Jahren, davon nunmehr acht Jahre als dessen Vorsitzender, engagiert sich Gerhard Rüppel beim TSV Taunusstein-Bleidenstadt. Mit über 2000 Mitgliedern der größte

Verein in Taunusstein und einer der größten und wahrscheinlich auch der vielfältigste Sportverein im Rheingau-Taunus-Kreis.

als Kreisrechtswart und seit 2004 als Kreisfußballwart im Rheingau-Taunus.

Als ein Höhepunkt seiner bisherigen sportlichen Ehrenämter ist an dieser Stelle seine Tätigkeit als Volunteer-Assistent in der Außenstelle Frankfurt am Main für den FIFA-Confederations-Cup im Jahr 2005 und die uns alle begeisternde Fußballweltmeisterschaft im eigenen Land zu erwähnen. Ein eindrucksvoller Nachweis für die von ihm, wie von kaum einem anderen gelebten Verbindung zwischen Sport, Gewerkschaft und Beruf.

Und so war es nicht weiter verwunderlich, dass viele Wegbegleiter und Zeugen seiner vielfältigen beruflichen und sportlichen Stationen, ebenso Vertreter des hessischen Landtages der Einladung der hessischen GdP zu diesem besonderen Tag im Leben von Gerhard Rüppel und seiner Familie gerne folgten.

Stellvertretend für die anwesenden Ehrengäste ließen der Präsident des Hessischen Landeskriminalamtes und GdP-Mitglied Peter Raisch, der GdP-Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller, DFB-Vizepräsident Rolf Hocke, der Bürgermeister der Stadt Taunusstein, Michael Hofnagel und Frieder Rothenberger in seiner Funktion als Fußball-Betriebsrechtswart und in Vertretung von Landrat Burkhard Albers, Alfred Hollinger für den TSV Bleidenstadt, Manfred Schmidt für den Landesportbund Hessen sowie sein Personalratsvorgänger Karl Donecker, manche Erlebnisse und Eindrücke Revue passieren und machten diesen Tag zu einem unvergesslichen Ereignis.

**Ralf Humpf
Wiesbaden**



Gerhard Rüppel (oben) verlässt sprichwörtlich die aktive „gewerkschaftspolitische Bühne“. Er wurde auf dem GdP-Bundeskongress in Berlin vom Bundesvorsitzenden Konrad Freiberg für seine Verdienste in der GdP gewürdigt.

Selbst schuld?

Vieles wird heute bedauert und beklagt. Meist glauben wir zu wissen, wer als Urheber der Übeltäter ist. Doch wer sieht schon ein, dass eigenes Tun oder Unterlassen erheblichen Anteil daran hat? Und wenn schon! Auf teils nur scheinbar Vorteilhafteres will kaum jemand verzichten. Welche negativen Folgen es später bringt oder für andere schon hat, wird übersehen oder verdrängt. Deshalb sind nur wenige bereit (sofern sie dazu überhaupt in der Lage sind!), Konsequenzen daraus zu ziehen. Aber gerade Gedankenlosigkeit und Desinteresse sind für Herrschende willkommene Basis, Dulden- de zu manipulieren. Paradox bleibt dabei, dass viele auch noch ungewollt fördern, was sie nicht haben wollen.

Mitschuldig wird schon, wer auf Schnäppchenjagd geht. Werbung und knappe Kassen verleiten zu Billigkauf. Das ist zwar verstehbar, mitunter aber folgen- schwer. Denn Billiges (u. a. Textilien, Schuhe, Spielwaren, Elektronik und Technik) kommt heute aus Fernost. Dort gelten die hier verteuerten Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen (noch) nicht. Ein Teufelskreis wird in Gang gesetzt. Rückläufiger Absatz heimischer Produkte „setzt Arbeitskräfte frei“. Arbeitslosigkeit zieht Steuer- und Kaufkrafteinbuße nach sich, erhöht aber Soziallasten. Das berührt den in Ortsnähe unverzichtbaren Handwerker und Dienstleister, wie z. B. Frisör, Kraftfahrer, Händler, Arzt, Anwalt, Justiz- und Polizeibediens- teten zunächst weniger. Damit verbundenes Sicherheitsgefühl

kann aber den Blick für Abhän- gigkeiten und Folgen verstellen. Erst daraus resultierender Ver- lust bisher genossener sozialer Errungenschaften lässt mög- licherweise eigenes Zutun bewusst werden.

Körpergebundene Erfahrung über den Zusammenhang von Ursache und Wirkung gewinnt, wer durch Nahrung und Ge- nussmittel Gesundheit verliert. Übergewicht und Kleiderersatz sind dabei nur die für Betroffene spürbaren Probleme. Doch viele Krankheitsfolgen, besonders finan- zielle, wirken sich auch auf die Gesellschaft aus.

Weit weniger erkannt wird of- fenbar eigene Abhängigkeit von erfolgreicher Interessenvertre- tung. Da beklagen aktive und ehemalige Polizeibedienstete u. a. Personal-, Einkommens- und Freizeiteinbußen, obwohl viele davon nichts dazu beitragen, neue „Notverordnungsfol- gen“ zu verhindern. Auch Kin- der, Alte und Arme gehören zu den Benachteiligten in unserer Gesellschaft. Sie haben keine Betroffenenorganisation, die sich für ihre gerechten Existenz- bedingungen in unserer Gesell- schaft einsetzen könnte.

Am erfolgreichsten war und bleibt, wer an der Quelle sitzt: Regierende, Parlamentarier und Beeinflusser. 14 000 Verbände gibt es in Deutschland, einige da- von sogar mit Pflichtmitglieds- schaft. 1896 haben unmittelbare Verbindung zu Bundestag und Bundesministerien. Schwer durchschaubare Paragraphen- flut zu Subventionen, Ausnah- meregeln und Privilegien bele- gen den Anregungs-, Vorschlags-,

Mitwirkungs- und Durchset- zungserfolg der Lobbyisten in eigenen Interessenbereichen.

Der Polizei ist wiederholt be- stätigt worden, unverzichtbar und einzigartig, mit keinem an- deren Beruf vergleichbar zu sein. In der Prestigeskala ran- giert sie weit vor Politikern und Journalisten. Dennoch werden ihre aktuellen Auftragsbedürf- nisse weder zeit- noch bedarfsge- recht berücksichtigt. Zwar bemühen sich GdP-Vorstände beispielhaft, aber leider ohne eigent- liche mögliche wesentlich stärkere Rückendeckung. Nach dem Zweiten Weltkrieg durfte die Polizei keine eigene Berufs- vertretung bilden. Bis 1950 ver- hinderte eine Sammelgewerk- schaft Selbstständigkeit einer Po- lizeigewerkschaft. Aufsplitterung in Standes- und Spartenvertre- tung dient seit jeher den Interes- sen von Dienstherrn. Das be- währte Herrschermotto „ent- zweie und gebiete!“ (Divide et impera!) erfährt die wirksamste Unterstützung durch nicht Orga- nisierte. „Trittbrettfahrer“ belas- ten erfolgreiche Gewerkschafts- arbeit und fördern, was auch sie nicht haben wollen. „Bremsen“, die über berufliche Schwierig- keiten und soziale Einschnitte klagen, sollten sich als Mitverur- sacher im Spiegelbild erkennen.

Auch in anderen Lebensbe- reichen sind wir in die Rolle der Mitverursacher geraten. Wir beleuchten und heizen Räume, in denen sich niemand aufhält. Wir benutzen Fahrzeuge nicht nur aus Notwendigkeit. Was wir heute wegwerfen, können sich Men- schen anderer Regionen nicht leisten. Gleichzeitig wird über

Umweltbelastungen geklagt, oh- ne auf den eigenen Beitrag zu verzichten..

Schuld und Schulden sind auch erb- und vererbbar. Was Kolonialismus und Missionie- rung angerichtet haben (Verskla- vung, Ausbeutung u. dgl.), rächt sich. Aufklärung und Globalisie- rung haben in den unterdrückten Regionen Bedürfnisse erkennen lassen, die geradezu explodie- rende Energien freisetzen. Ras- ante Entwicklung bisher rück- ständiger Staaten gefährdet bis- her dominante und kostet „rei- chen“ Ländern Einfluss, Ar- beitsplätze und Finanzkraft. Die angehäuften und steigenden Schulden der öffentlichen Haus- halte in Deutschland (zurzeit schon 1000 x 1000 x 1000 x 1500 Euro) werden noch unsere En- kel belasten.

Kaum Mitleid lässt sich emp- finden, wenn eine Institution, dogmatisch auf Unzeitgemäßem beharrt und dadurch den gleich- zeitig beklagten Nachwuchsmangel und „Schäffchen- schwund“ provoziert. Schwer- lich mit Grundrechten vereinbar ist auch, Berufsangehörigen Fa- miliengründung und Frauen den Berufszugang zu verwehren so- wie Beschäftigten weder Perso- nal- noch Berufsvertretung zu erlauben. Übertreibung bewirkt halt oft das Gegenteil des Ange- strebten.

Obwohl Vergangenheit als Erkenntnisquelle ein guter Lehrmeister ist, bleibt unser Ver- halten betont gegenwartsbezo- gen, weil unwillkommene Zu- kunftswirkungen nur durch Ver- zichten vermeidbar wären.

Gerhard Kastl

SEMINARANKÜNDIGUNG – RHETORIK-SEMINARE 2007:

☀ **Am 12. und 13. Februar 2007 findet ein Rhetorik-Aufbauseminar statt.**

Thema: „Kooperieren statt streiten“, Ort: Zella.

☀ **Am 19. und 20. März 2007 findet ein Rhetorik-Aufbauseminar statt.**

Thema: „Selbstverteidigung mit Worten“, Ort: Zella.

Anmeldungen bei der GdP-Hessen (Tel.: 0611/ 99227-30 oder unter www.gdp.de/hessen)

ALLGEMEINES GLEICHBEHANDLUNGSGESETZ . . .

. . . endlich in Kraft!

Gesetz zur Bekämpfung von Diskriminierungen wegen Geschlecht, Rasse, ethnischer Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexueller Identität.

Nach zähem Ringen hat Deutschland die EU-Richtlinien zum Diskriminierungsschutz durch das AGG in nationales Recht umgesetzt. Es bietet Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen deutlich verbesserten Schutz vor Diskriminierung. Arbeitgeber müssen sich nun auf die klare Ausweitung des Diskriminierungsschutzes und deren Folgen einstellen – und in den Dienststellen und Betrieben die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Die Frauengruppe wird insbesondere bei Personalrätinnen und Personalräten, bei Schwerbehindertenvertretungen und bei Gleichstellungsbeauftragten für das neue Gesetz werben und seine Umsetzung vorantreiben.

Mit dem AGG setzt Deutschland mehrere EU-Richtlinien in nationales Recht um, auf die sich die Mitgliedsstaaten verbindlich geeinigt hatten:

● **Anti-Rassismusrichtlinie vom 29. 6. 2000:** zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft (Richtlinie 2000/43/EG des Rates).

● **Rahmenrichtlinie vom 27. 11. 2000:** zur Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (Richtlinie 2000/78/EG des Rates).

● **Gender-Richtlinie vom 23. 9. 2002:** zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Frauen und Männer hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, Berufsausbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen (Richtlinie 2002/73/EG des EU-Parlaments).

● **Zweite Gender-Richtlinie vom 13. 12. 2004:** zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Frauen und Männern beim Zugang zu und bei der Versorgung von Gü-

tern und Dienstleistungen (Richtlinie 2004/113/EG des Rates).

Bei der verpflichtend anstehenden Umsetzung dieser europäischen Vorgaben in nationales Recht geht Deutschland an einigen Stellen deutlich über die Regelungsinhalte der EU-Richtlinien hinaus!

Das AGG bietet Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Schutz vor Diskriminierung und verpflichtet den Arbeitgeber zu wirksamen Maßnahmen:

● **Diskriminierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben**

- ein ausdrückliches Beschwerderecht;
- die Möglichkeit, Ersatz für finanzielle Schäden zu verlangen;
- einen Anspruch auf Schmerzensgeld aufgrund von Ehrverletzungen im Arbeitsverhältnis;
- das Recht, bei vollem Lohnausgleich ihre Arbeit einzustellen, wenn der Arbeitgeber im Falle (sexueller) Belästigung untätig ist.

● **Der Arbeitgeber ist verpflichtet:**

- über das Gesetz zu informieren;
- mehrere Stellen vorzusehen, die Beschwerden nachgehen;
- Schulungen anzubieten, die Diskriminierung entgegenwirken.

Darüber hinaus müssen Stellenausschreibungen diskriminierungsfrei erfolgen und Dienstvereinbarung sowie Dienstanweisungen auf diskriminierende Elemente hin geprüft werden.

Ein Verstoß des Arbeitgebers gegen das Benachteiligungsverbot begründet keinen Anspruch auf Einstellung, beruflichen Aufstieg oder Beförderung!

Kurt Hempeler verstorben

Anfang November verstarb unser ehemaliger und langjähriger Geschäftsführer Kurt Hempeler in seiner Heimatstadt Hanau.

1947 begann Kurt seine gewerkschaftliche Laufbahn bei der IG Bergbau. Nach dem Eintritt in die hessische Polizei wurde er bereits 1959 Mitglied im Personalrat der Hanauer Polizei und war von 1972 bis 1984 Personalratsvorsitzender.

Neben seinem Engagement im Personalrat war Kurt Hempeler auch in der GdP aktiv. Von 1970 bis 1984 war er Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand der GdP und ab 1979 stellvertretender Landesvorsitzender der GdP.

Für seine ehrenamtlichen Tätigkeiten, insbesondere in der GdP auf Kreis-, Landes- und Bundesebene, wurde er



1984 mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet.

Er galt als kluger, besonnener, hilfsbereiter und ausgleichender Kollege.

Sein besonderer Einsatz galt den Arbeitern und Angestellten in der GdP. Er hat sich für die Beschäftigten der Geschäftsstelle in hohem Maße eingesetzt.

GdP Hessen

Der Personalrat hat das Recht:

- tätig zu werden, wenn der Arbeitgeber seiner Verpflichtung zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Benachteiligung und Diskriminierung nicht nachkommt;
- durch Klage eine Änderung des Arbeitgeberverhaltens herbeizuführen. Dieses Recht hat auch eine in der Dienststelle vertretene Gewerkschaft.

Der Personalrat kann außerdem mit dem Arbeitgeber Dienstvereinbarungen über konkrete Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung und Diskriminierung abschließen.

Fristen:

Ansprüche auf Schadensersatz oder Entschädigung müssen innerhalb von zwei Monaten geltend gemacht werden.

Die Vorschriften des Gesetzes gelten nicht nur für Tarifbe-

schäftigte. Unter Berücksichtigung ihrer besonderen Rechtsstellung können sich auch Beamtinnen und Beamte des Bundes und der Länder auf diese Rechtsgrundlage berufen.

Kritische Punkte im Gesetz

Als Frauengruppe begrüßen wir ausdrücklich, dass mit dem AGG der europäische Diskriminierungsschutz in nationales Recht umgesetzt wurde. Gleichwohl gibt es einige kritische Punkte, auf die hinzuweisen ist:

● **Ausschluss der Kündigung**

● **Verschlechterung bei Diskriminierung wegen des Geschlechts**

● **Geringe Sanktionen bei Benachteiligung und Diskriminierung**

Frauengruppe Hessen

Roland Kramer übergibt die Kreisgruppe an Markus Müller

Die Mitgliederversammlung der KG Wasserschutzpolizei im November fand in den Räumen des Nachtcafé Goethe im Schiersteiner Hafen statt. Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurden die Kollegen **Karl Bauer** für 40 Jahre Mitgliedschaft, sowie die Kollegen **Frank Willm** und **Ralf Krause** für je 25 Jahre Mitgliedschaft in der GdP geehrt. Die Kassenprüfung ergab, dass der Kassierer Ulrich Würzberg die Kasse ordnungsgemäß geführt hat. Der Kassierer wurde einstimmig entlastet. Danach folgte der ausführliche Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden.

Roland Kramer trat als Vorsitzender der Kreisgruppe zu-

rück. Der Rücktritt wurde von ihm ausführlich erläutert. Als neuer Vorsitzender wurde Markus Müller von der WSPSt Frankfurt vorgeschlagen und mit großer Mehrheit gewählt.

Kollege Kramer wurde als stellvertretender Vorsitzender der KG gewählt und steht somit dem neuen Vorsitzenden Markus Müller auch weiterhin mit seinem Wissen und seiner Erfahrung zur Seite.

Werner Abel wurde abschließend noch einstimmig als neuer Kassenprüfer gewählt, bevor uns Jens Mohrherr noch aus dem Landesbezirksvorstand berichtete.

Nach dem offiziellen Teil saß man noch lange zusammen, um

das Gehörte zu besprechen. Auf diesem Wege möchte ich mich noch bei allen Mitgliedern für

das mir entgegengebrachte Vertrauen bedanken!

Markus Müller



Bezirksgruppenvorsitzender Detlef Otto (rechts) gratuliert dem neuen Kreisgruppenvorsitzenden Markus Müller (links) und überreicht ihm ein Präsent zum Start als Kreisgruppenvorsitzender.

EHRUNGEN

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Jürgen Dingeldey
Kreisgruppe Wasserschutz-Polizei
Evelin Horne
Roland Gmeiner
Bezirksgruppe Frankfurt a. M.

Katharina Peter
Wolfgang Raschke
Günter Rudhard
Harald Schmidt
Alfred Stieler
Bezirksgruppe Frankfurt a. M.
Karl Kalmes
Uwe Michael Raehmer
Peter Renisch
Kreisgruppe Darmstadt

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Axel Dorff
Eberhard Zell
Werner Pawlik
Horst Weidlich
Günter Kohlhepp
Helmuth Wagner
Hannelore Woydowski
Siegfried Möller
Hubert Stamm
Guenter Köllner
Maximilian Gilberger
Hans Georg Heinz
Erwin Hofmann
Erich Jegust
Walter Klaus
Hansgeorg Koppmann

50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Erwin Christmann
Maria Martini
Herbert Maresch
Bezirksgruppe Frankfurt a. M.
Guenter Guthy
Walter Matthes
Kreisgruppe Darmstadt

60-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Wilhelm Reichert
Richard Ress
Bezirksgruppe Frankfurt a. M.

ES VERSTARBEN

Walter Bothmann Bezirksgruppe Frankfurt a. M.	Alfred Wüst Kreisgruppe Büdingen
Gerd Grings Kreisgruppe Groß-Gerau	Gerhard Müller Kreisgruppe Main-Kinzig
Lothar Dees Kreisgruppe Bergstraße	Fritz Rosansky Kreisgruppe HBP Kassel
Karlheinz Boltendahl Karl-Heinz Meyer Kreisgruppe Kassel	Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.



- **Einführung der 42-Stunden-Woche**
- **Kürzung des Weihnachtsgeldes**
- **Streichung des Urlaubsgeldes**